

Unterrichtung

Hannover, den 27.03.2019

Die Präsidentin des Niedersächsischen Landtages
- Landtagsverwaltung -

Missbrauch von psychoaktiven Substanzen verhindern: Durch zielgerichtete Aufklärung vor K.O.-Mitteln schützen

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/3182

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung -
Drs. 18/3208 Nr. 1

Der Landtag hat in seiner 44. Sitzung am 27.03.2019 folgende EntschlieÙung angenommen:

Missbrauch von psychoaktiven Substanzen verhindern: Durch zielgerichtete Aufklärung vor K.O.-Mitteln schützen

Psychoaktive Substanzen, so genannte K.O.-Mittel oder Partydrogen, werden immer wieder in Bars und Diskotheken missbräuchlich als Wegbereiter für Straftaten wie Raub oder Sexualdelikte eingesetzt. Je nach Dosierung wirken K.O.-Mittel entspannend, enthemmend und bis hin zu tiefer Bewusstlosigkeit mit anschließendem Gedächtnisverlust.

Für Betroffene ist die Erfahrung von fehlender Erinnerung an die Ereignisse und die damit einhergehende Hilflosigkeit und der Kontrollverlust schwer zu verarbeiten. Die Zahl der Delikte, bei denen psychoaktive Substanzen nachweislich missbräuchlich eingesetzt wurden, ist allerdings gleichbleibend gering - insbesondere im Vergleich zu anderen Straftaten. Die Aufnahme von Alkohol spielt eine wesentlich größere Rolle beispielsweise bei Sexualdelikten als sogenannte K.O.-Tropfen (*Dt. Ärzteblatt Heft 20, 15.05.2009, amedes Ärztliche Information bei K. O.-Mittel-Beibringung 9/2015, Netzwerk Pro Beweis Informationen zu K.O.-Mitteln für Ärztinnen und Ärzte 2019*). Aufgrund der individuellen Tragweite sind Maßnahmen zur Prävention von Delikten an hilflos gemachten Menschen nichtsdestotrotz besonders zu unterstützen.

Der Landtag begrüÙt

1. bereits bestehende Präventionsmaßnahmen in Schulen, Ausbildungsstätten und weiteren geeigneten Orten,
2. die sorgfältige Ermittlungsarbeit der Polizei in diesem äußerst sensiblen Feld,
3. die weitergehende Förderung des Netzwerkes Pro Beweis, das ergänzend zu den Ermittlungsbehörden Verdachtsmeldungen aufnimmt und Material zum Nachweis von K.O.-Mitteln sammelt und analysiert.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. Prävention durch zielgerichtete Aufklärung potenzieller Opfer weiter zu verbessern; etwa durch standardisiertes Informationsmaterial in z. B. Mädchensprechstunden in den gynäkologischen Praxen oder Damenwaschräumen in Bars und Diskotheken, wie der Verabreichung der Mittel vorgebeugt werden kann und wie im Verdachtsfall zügig vorzugehen ist,
2. wo es möglich und nötig ist, bei allen Beteiligten (Arztpraxen, Polizeistationen, Ambulanzen etc.) für die Wichtigkeit einer standardisierten und zügigen Vorgehensweise bei Verdachtsfällen zu sensibilisieren.

(Verteilt am 28.03.2019)